Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Band: 91 (2011)

Heft: 991

Artikel: Der Weg ist offen

Autor: Münch, Beat

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-735319

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

3 Der Weg ist offen

Universitäten können heute unternehmerisch agieren und aktiv Fundraising betreiben. Noch herrscht allerdings allgemeine Zurückhaltung. Mitunter, weil sich Alexander von Humboldt vor 200 Jahren nicht durchsetzen konnte. Das dürfte sich ändern.

von Beat Münch

Die Universitäten haben in den letzten Jahrzehnten bedeutend mehr Autonomie und damit Spielraum für unternehmerisches Handeln erhalten. Dies führte in tiefgreifenden Reformprozessen zu einem neuen Verständnis universitärer Unabhängigkeit. Weg von der Freiheit des Elfenbeinturms, hin zur Möglichkeit, sich mit selbstgewählten Strategien den Entwicklungen der Wissenschaft und den daraus entstehenden Bedürfnissen anzupassen. Dies gilt nicht zuletzt auch für die Finanzierung, die sich privaten Quellen öffnen kann: der Weg zur Drittmittelakquisition ist einladend weit offen.

Dass der Weg genutzt wird, zeigt das Beispiel der Universität Basel, an der ich arbeite. Sie verfügt über eine ganze Reihe von gestifteten Professuren – beispielsweise für Toxikologie, für Immunologie, für Finanzmanagement oder zeitgenössische Kunst. Förder- und Firmenstiftungen engagieren sich in Nachwuchsförderprogrammen und das Institut für Jüdische Studien ist vollständig aus einer privaten Stiftung finanziert. Erfolgsmeldungen kommen auch von anderswo, wobei die Spende von 100 Millionen Franken an die Universität Freiburg zum Aufbau eines Instituts für Nanomaterialien die wohl spektakulärste war.

Universitäten wagen sich nur zögerlich an das professionelle Fundraising.

Die ausgeweitete Autonomie der Universität erleichtert darüber hinaus die Verwertung des industriellen und wirtschaftlichen Potentials universitärer Forschung im Rahmen von Patenten, Lizenzvergaben und Firmengründungen – sogenannten «Spinoffs». Gerade der Wissens- und Technologietransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft hat in der Schweiz in den letzten Jahrzehnten einen eindrücklichen Aufschwung erlebt. Mit Techno- und Science Parks, Inkubatoren oder mit der Ansiedlung von Industrie direkt auf dem Campus wird die Innovation gefördert, die einen wesentlichen Motor für wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand darstellt. Laut dem «European Innovation Scoreboard» von 2010 ist die Schweiz diesbezüglich Spitzenreiterin in Europa.*

Die periodisch erscheinenden Meldungen über Drittmittelerfolge von Schweizer Hochschulen dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass bei der Einwerbung von privaten Drittmitteln die Möglichkeiten noch längst nicht in dem Masse ausgeschöpft werden wie beim Wissens- und Technologietransfer. Universitäten wagen sich, von einigen Ausnahmen wie etwa den Technischen Hochschulen oder der Universität St. Gallen abgesehen, nur zögerlich an das professionelle Fundraising. Und dies nicht nur in der Schweiz. In einer kürzlich erschienenen Studie der Europäischen Kommission war mit Hinweis auf eine europaweite Umfrage der lapidare Satz zu lesen: «We find that philanthropic fundraising is not, on the whole, taken seriously in European universities.»**

Beat Münch

Beat Münch ist promovierter Linguist und seit dem Jahr 2000 Adjunkt des Rektors der Universität Basel.

Drittmittelerfolge sind in vielen Fällen eher der Initiative von Stiftenden zu verdanken, die von sich aus mit Projektvorhaben an die Universitäten herantreten, als dem aktiven Fundraising. Die Gründe für die Zurückhaltung sind unterschiedlich. Private Fördermittel werden oft noch qualitativ tiefer eingestuft als öffentliche, da sie nicht dieselbe Budgetsicherheit versprechen wie die in Leistungsverträgen vereinbarten Subventionen staatlicher Träger. Zudem wird immer wieder die Angst laut, dass Erfolg im Fundraising zur Kürzung der öffentlichen Unterstützung und damit zu vermehrter Unsicherheit führen könnte. Und nicht zuletzt sehen sich die Universitäten regelmässig mit der Frage nach der Unabhängigkeit von privat finanzierter Forschung und Lehre konfrontiert.

Die Zurückhaltung gegenüber dem Fundraising hat zweifellos auch eine historische Dimension. Diese ist im Erbe des

* Vgl. «Innovation Union Scoreboard 2010». Pro Inno Europe: Maastricht, 2011.
** «Giving in Evidence. Fundraising from Philanthropy in European Universities». Europäische Kommission: Brüssel, 2011.

humboldtschen Universitätsmodells zu suchen, das die europäische Universität zumal im deutschsprachigen Raum seit dem 19. Jahrhundert prägte. Alexander von Humboldt sah das Ziel des Universitätsstudiums nicht in der Aneignung von unmittelbar anwendbaren Kenntnissen, sondern im disziplinären Erlernen wissenschaftlicher Erkenntnissuche. Unabdingbare Voraussetzung für das Erreichen dieses Ideals war eine Universität, die sich völlig frei von jeglichen Einflüssen, insbesondere auch von staatlichen oder kirchlichen Hochschulträgern, der Wissenschaft widmen konnte. Der Einfluss des Staates wurde in diesem Konzept auf eine doppelte Aufgabe beschränkt: er hatte für die «Exzellenz» der durch ihn zu wählenden Professoren und vor allem für deren wissenschaftliche Freiheit zu sorgen. Ironischerweise gehörte es nicht – wie heute oft fälschlicherweise angenommen – zu Humboldts Überzeugung, dass die Unabhängigkeit der Universität eine staatliche Finanzierung voraussetze. Im Gegenteil: Humboldt sah vor, die Gründung der Berliner Universität im Jahre 1810 wirtschaftlich durch die Übereignung von staatlichen Ländereien und Gütern sicherzustellen. Hätte sich Humboldt durchgesetzt, hätte sich die seit Jahren anhaltende Debatte über eine vermehrt unternehmerische Ausrichtung der europäischen Universitäten wohl erübrigt.

Unabhängigkeit ist nicht so zu verstehen, dass sie frei von jeglichen Einflüssen ist.

In den USA, wo die Universität durchaus ebenfalls humboldtsches Gedankengut für die Organisation von Studium und Forschung übernahm, behauptete sich von den Anfängen im 17. Jahrhundert an das Modell der unternehmerischen Leitung für die meist auf privater Basis entstehenden «Colleges», die ursprünglich der Ausbildung des geistlichen Nachwuchses dienten.

Der historische Verweis mag erklären, warum sich technische Hochschulen, die der humboldtschen Tradition ferner stehen und von Anfang an mehr Industrienähe aufwiesen, weniger Berührungsängste zum Fundraising oder zur Zusammenarbeit mit Industrieunternehmen haben als Universitäten klassischen Zuschnitts.

Der durch mehrere Faktoren ausgelöste kulturelle Wandel der letzten Jahrzehnte und die damit verbundene Öffnung der europäischen Universität auf gesellschaftliche Bedürfnisse wirken zweifelsohne als nachhaltiges Korrektiv zum neuhumanistischen Bildungs- und Wissenschaftsideal humboldtscher Prägung. Gleichzeitig finden in der Aufwertung der Doktorandenausbildung und der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses die alten Ideale eine neue Interpretation und eine zeitgemässe Form.

Im modernen Umfeld der sich vervielfältigenden Anspruchsgruppen muss die Universität die in der Vergangenheit errungene akademische Unabhängigkeit bewahren und diese glaubhaft vermitteln können. Dabei ist sie mit dem in der Öffentlichkeit noch weit verbreiteten Bild konfrontiert, dass eine Universität in der Zusammenarbeit mit privaten Geldgebern ihre Unschuld verliere.

Unabhängigkeit ist allerdings nicht so zu verstehen, dass sie frei von jeglichen Einflüssen ist. Auch die humboldtsche Universität hat diesen Idealzustand nie erreicht. Allein schon die Wahl von Professoren durch die Regierung, wie sie Alexander von Humboldt vorsah, stellt eine Einflussnahme dar. Auch die heutigen Leistungsverträge, die den globalen Budgetbeiträgen von Universitätsträgern zugrunde liegen, beeinflussen den Entscheidungsspielraum der Universitäten. Ebenso verhält es sich mit privaten Fördermitteln, mit deren Vergabe private Stifter berechtigte Erwartungen verbinden. Unabhängigkeit zielt auf akademische Freiheit als Grundvoraussetzung glaubhafter Wissenschaft.

Die Möglichkeit, dass der an und für sich breite Weg der Drittmittelakquisition sich zwischen akademischer Unabhängigkeit und ökonomischer Einflussnahme unversehens zum schmalen Grat verengt, ist nicht von der Hand zu weisen. Der Wunsch von Stiftern, sichtbare Zeichen der Wertschätzung oder gar Gegenleistungen zu erhalten, ist legitim. Es liegt an den Universitäten, die Zumutbarkeit von Auflagen durch private Förderer abzuschätzen. Die Erfahrungen an der Universität Basel sind diesbezüglich mehrheitlich positiv.

Es ist notwendig, dass Universitäten klare Regeln aufstellen für den Umgang mit Drittmitteln und diese auch von Anfang an transparent machen. Zu den Basisbedingungen gehören etwa die unabhängige Besetzung von gestifteten Professuren, die Wahrung der akademischen Freiheit von Lehre und Forschung oder der Anspruch auf das geistige Eigentum an den Forschungsresultaten. Selbstverständlich ist auch sorgfältig zu prüfen, ob die Annahme von Fördermitteln dem Image einer Hochschule zuträglich ist. Es bleibt in jedem einzelnen Fall privater Förderung auszuloten, wie die Grenzen der Unabhängigkeit genau abzustecken sind. Anders stellt sich die Situation bei der Auftragsforschung dar, bei der es in der Regel um die Nutzung universitärer Expertise gegen entsprechende Bezahlung geht. In diesem Fall liegt der Fokus weniger auf dem Aspekt der Unabhängigkeit als auf der Sicherstellung ethischer Vertretbarkeit zur Wahrung der wissenschaftlichen Integrität der Universität.

Wesentlich für die Intensivierung des Fundraisings ist die Entwicklung einer partnerschaftlichen Kultur zwischen Hochschulen und potentiellen Förderern. Aufseiten der Universität bedingt dies die Professionalisierung der Drittmitteleinwerbung und auf der Seite der Förderer eine aktive und offene Förderpolitik. «Best Practices», wie sie in Amerika etwa im «Chronicle of Philanthropy» regelmässig publiziert werden, oder die von SwissFoundations vor einigen Jahren lancierte Schriftenreihe «Foundation Governance» können mithelfen, die öffentliche Diskussion um die private Finanzierung von Wissenschaft und Forschung zu befördern und aus dem vermeintlich schmalen Grat eine breite Strasse zu machen, auf der sich Fördernde und Geförderte mit gesundem Selbstverständnis bewegen können. ‹